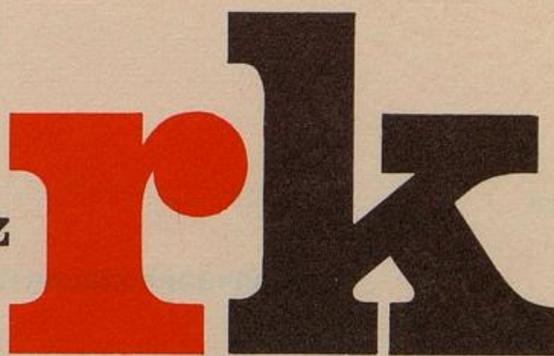


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 25. November 1983

Blatt 3141

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa) Wiener Gemeinderat
Wiener Landtag
Erfolgreiche Lehrpraxentätigkeit
Tierschutzgesetz - bundeseinheitliche Regelung?

Lokal:
(orange) Rembrandtstraße - Roßauer Brücke ab Montag befahrbar
Erfreuliches Interesse für Polioimpfung
Glatteis in Wien

Nur
über FS: 24.11. Japanische Experten studieren Wiens Sozialwesen
25.11. Stadtreinigung im Großeinsatz gegen Glätte
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Glatteis in Wien - Splitter
Verkehrsbehinderungen auf dem Handelskai und
der Hafenzufahrtsstraße
Gasexplosion in Meidling

Rembrandtstraße - Roßauer Brücke ab Montag befahrbar

=++++

6 Wien, 25.11. (RK-LOKAL) Ab Montag mittag kann man von der Oberen Augartenstraße durch die Rembrandtstraße zur neuen Roßauer Brücke fahren. Die Rembrandtstraße ist in dieser Richtung Einbahn. Die Verkehrsampel an der Kreuzung Obere Augartenstraße - Rembrandtstraße, die jetzt nur gelb blinkt, wird wieder voll in Betrieb genommen. An der Kreuzung Rembrandtstraße - Obere Donaustraße - Roßauer Brücke regelt eine neue Lichtsignalanlage den Verkehr.

Wer von der Maria-Theresien-Straße über die Augartenbrücke fährt und hinter der Brücke links in die Obere Donaustraße einbiegen will, muß sich schon in der Maria-Theresien-Straße links einordnen. Man fährt dann links von den in Mittellage befindlichen Straßenbahngleisen über die Augartenbrücke und biegt links in die Obere Donaustraße ein. Wer die Augartenbrücke rechts von den Straßenbahngleisen überquert, muß geradeaus in die Untere Augartenstraße weiterfahren. (Schluß) sc/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Geschäftssitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) bezeichnete Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) die Stärkung der Eigenkapitalbasis als Ziel einer Neukonstruktion der Wiener Gemeindeholding. Das Einbeziehen der Zentralsparkasse und der Wiener Städtischen Versicherung als Kapitalgeber werde zu keinen Interessenskollisionen führen. Die rechtliche Konstruktion des Beirates ist noch offen. Er soll ein Organ sein, das Information und Meinungsbildung für die Gemeindebetriebe ermöglicht.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), der höhere Pflegegebühren durch die Krankenkassen urgierte, verwies StR. Mayr auf den gesetzlich festgelegten Prozentsatz. Die derzeit geltende Vereinbarung läuft 1984 aus, und im kommenden Jahr werden Verhandlungen mit dem Ziel einer positiven Änderung des Deckungsbeitrages geführt. Bezüglich der Ambulanzen meinte StR. Mayr, es sei das politische Ziel, die Ambulanzen in den Spitälern zu entlasten und die Patienten an die freipraktizierenden Ärzte zu verweisen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ), wann mit der Realisierung eines Grundstückpools für die Stadt Wien zu rechnen sei, antwortete StR. HOFMANN (SPÖ), als wichtiges Hilfsmittel für die Stadterneuerung sei geplant, einen Grundstücks- und Stadterneuerungsfonds der Stadt Wien einzurichten. Derzeit werden die finanz- und steuerrechtlichen Fragen eines solchen Projektes geklärt. Danach werde er Gespräche mit den anderen Fraktionen über die Gründung dieses Fonds führen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. LUSTIG (SPÖ), welche Planungsvorbereitungen er für die künftige Verwendung des Areals "Altes Allgemeines Krankenhaus" treffe, antwortete StR. HOFMANN (SPÖ), man solle städtebauliche Wettbewerbe nicht zu lange vor der Realisierung durchführen, da sich die Projekte sonst überholen. Die AKPE müsse bis Ende Dezember einen Zeit- und Kostenplan vorlegen, nach mündlichen Aussagen sei jedoch mit einem Freiwerden des Areals nicht vor 1991 bis 1993 zu rechnen. Deshalb sei der geeignete Zeitpunkt für die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes erst das Ende der Achtzigerjahre. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP), welche Maßnahmen für eine bessere Information der Gemeindemieter über die Verwendung der Erhaltungsbeiträge gesetzt werden, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß sich die Wohnhäuserverwaltung bemühe, die Abrechnung für 1983 übersichtlicher zu gestalten. Außerdem erhalten die Mieter schriftliche Zusatzinformationen. Es ist nicht möglich, die 17.000 Stiegen einzeln abzurechnen, doch werde längerfristig versucht, etwa Stiegenhäuser mit und ohne Aufzüge getrennt auszuweisen. Soweit Fehler in den Abrechnungen bekannt geworden sind, wurden sie selbstverständlich korrigiert.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), wie hoch der finanzielle Entgang durch nichtvermietete Wohnungen im Heinz-Nittel-Hof anzusetzen ist, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß sich die Verluste an Annuitäten auf 31 Millionen Schilling belaufen. Von den 1.400 Wohnungen der gesamten Anlage wurde bisher etwa die Hälfte vergeben, innerhalb eines Jahres werden voraussichtlich alle Wohnungen vermietet sein. Künftig werde bei Erreichung der Dachgleiche von Gemeindebauten bereits die Vermietung an die künftigen Bewohner erfolgen, damit es zu keinen Mietausfällen kommt.

Auf die ACHTE ANFRAGE (die 7. Anfrage wurde zurückgezogen) von GR. KREMNIETZER (SPÖ), welche Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung im grundwasserverunreinigten Gebiet des 22. Bezirks getroffen werden, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), daß Trinkwasserwagen unterwegs sind und zahlreiche Auslaufbrunnen errichtet werden. Die mit 50,4 Millionen Schilling veranschlagte Aufschließung der Siedlung Wulzendorf wurde beim Wasserwirtschaftsfonds zur Prüfung eingereicht. Zur Feststellung des Ausmaßes der Verunreinigung und zur Veranlassung der Behebung des Grundwasserschadens laufen Untersuchungen. Die beiden Grundwasserwerke in der Lobau sind von der Verunreinigung nicht betroffen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. GLÜCK (ÖVP), was er zur Rettung der Alleebäume in der Oswaldgasse im 12. Bezirk tun werde, sagte StR. SCHIEDER, daß in dieser Straße bereits ein Grünstreifen eine teilweise Konsolidierung der Situation gebracht habe. Eine derartige Maßnahme sei auch für den restlichen Bereich vorgesehen. Weiters sagte Schieder, in den Zusatzfragen darauf angesprochen, daß er sich der Dringlichkeit des Problems bewußt sei.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), in welcher Form sich die Stadt Wien an der Revitalisierung des "alten Universitätsviertels" beteilige, sagte StR. MRKVICKA (SPö), daß die Gebäude der alten Universität im Bundesbesitz seien und die Stadt Wien an der dortigen Revitalisierungsgesellschaft nicht beteiligt sei. Auf die Zusatzfrage, ob eine Beteiligung nicht möglich sei, sagte Mrkvicka, daß ein Vertreter der MA 7 von der Gesellschaft als Beobachter eingeladen sei. Dieser Einladung werde man nachkommen.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. STEINBACH (SPö), wieviele Anträge es von Gaststätten und Kaffeehäusern für die Aktion zur Förderung musikalischer Darbietungen gebe, sagte StR. MRKVICKA, daß bei 49 Förderungsansuchen eine Gesamtsumme von 1,975 Millionen Schilling vergeben worden sei. 200.000 Schilling wurden zusätzlich für Hübners Kursalon genehmigt. Die Zusatzfrage, ob durch diese Maßnahme mehr Musiker längerfristige Engagements erhalten, beantwortete Mrkvicka positiv. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) In Beantwortung der ZWÖLFTEN ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) erklärte StR. SCHIEDER, das Maßnahmenprogramm zur Erhaltung der Wiener Alleebäume sei bereits in weiten Bereichen in Angriff genommen worden. Die Realisierung des Programms erstreckte sich nicht nur auf Neupflanzungen, sondern auch auf die Sanierung von Altbeständen. Bei Baumneupflanzungen seien dabei Kriterien wie große Pflanzflächen, Bewässerung und die Vermeidung von Schäden durch Betreten und Parken besonders beachtet worden. Auf die 1. Zusatzfrage, ob die Medienkritik in Bezug auf den Baumschnitt berechtigt sein, antwortete Schieder, dies könne nicht mit endgültiger Klarheit gesagt werden, es seien jedoch vergleichende Untersuchungen im Gange. Auf die 2. Zusatzfrage, ob die Neuanlage von Alleen trotz eines großen finanziellen Aufwandes weiter durchgeführt würde, nannte StR. Schieder als Beispiel die Sanierung der Baumallee in der Heinestraße, die rund 3,5 Millionen kosten wird, und versicherte, das Alleeprogramm werde auch 1984 zügig realisiert.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), welche Mittel für Aufwendungen zur Reaktivierung der Rinter AG im Budget 1984 vorgesehen seien, erklärte StR. Schieder, die Beantwortung dieser Frage falle eigentlich nicht in seine Geschäftsgruppe. Es seien 45 Millionen Schilling, allerdings nicht zweckgebunden, für diesen oder einen ähnlichen Sektor budgetiert. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Die 14. und 15. Anfrage wurden zurückgezogen.

Auf die 16. ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP) über die Maßnahmen zur Sanierung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig sagte StR. SCHIEDER, daß die Anlage für vier Tage zur genauen Prüfung stillgelegt wird. Als Zeitpunkt wird der 3. oder 4. Dezember ins Auge gefaßt. Zusätzlich wird unter Vollbetrieb eine Rauchgasanalyse durchgeführt. Erst nach diesen Untersuchungen könne eine Aussage über die Maßnahmen zur Generalsanierung gemacht werden.

Auf die ZUSATZFRAGE, den Inhalt eines Sachverständigen-Gutachtens der MA 39 kurz zu skizzieren, erklärte sich StR. Schieder bereit, angesichts der Länge des Gutachtens von 18 Seiten, den Fragesteller nach der Fragestunde in das gesamte Gutachten der MA 39 Einsicht nehmen zu lassen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum Müllkonzept

=++++

14 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Schieder meldete sich zu einer Mitteilung zum Stand der Maßnahmen zur Abfallbeseitigung in Wien zu Wort. Einleitend stellte er fest, daß über die Verhandlungen über die Rinter AG zwar noch keine schriftlichen Unterlagen vorliegen, diese aber schon so weit fortgeschritten seien, daß er eine Mitteilung an den Gemeinderat für notwendig erachte.

Als wesentliche Ziele des Müllkonzepts bezeichnete Schieder die Reduktion der anfallenden Abfälle aus Produktion und Konsumtion, die Reduktion des Energieverbrauches und eine möglichst weitgehende Ausnützung der natürlichen Selbstreinigungskräfte, die durch Recycling- und Abfallverwertungsmaßnahmen unterstützt werden müßten.

Für Wien sei die Abfallvermeidung ein ganz wesentlicher Bestandteil des Müllkonzepts, zu dem er sich bekenne, sagte Schieder. Als konkrete Maßnahme wäre hier zunächst die notwendige Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung zu erreichen, weiters kommen Konsumenten-, wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen sowie Verbote und Anreize in Frage. Als Beispiele für solche Maßnahmen nannte Schieder den Kampf gegen Mehrfachverpackungen, die Forcierung wiederverwendbarer Verpackungen, die Förderung langlebiger und reparaturfreundlicher Produkte und die Erstellung von neuen Verpackungsnormen.

Er habe gemeinsam mit Experten bereits eine Reihe von Vorschlägen zur Abfallvermeidung ausgearbeitet, die zum Teil schon im kommenden Jahr, begleitet von einer Informationskampagne, realisiert werden sollen, kündigte Schieder an. Zu diesem Zweck werde er eine Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern aller Parteien und der zuständigen Magistratsabteilungen ins Leben rufen. Soweit es nicht vermieden werden kann, daß giftige Substanzen in den Abfall kommen, müssen diese in geeigneter Form eingesammelt werden. Hier hat es zum Beispiel bei Medikamenten und Batterien bereits Versuchssammlungen gegeben, die sehr erfolgreich verlaufen sind.
(Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum Müllkonzept

=++++

17 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Schieder berichtete, daß Bemühungen unternommen werden, die großen Mengen Hochdruckdampflampen-Reste zu beseitigen.

Am 1. Jänner tritt das Sonderabfallbeseitigungsgesetz in Kraft. Es enthält das Vorbeugeprinzip, die Nachweispflicht, die Ablieferungspflicht in genehmigte Anlagen, die Beseitigungspflicht und den marktwirtschaftlichen Gesichtspunkt. Sondermüll wird nur dann nach Österreich kommen, wenn öffentliche Interessen nicht dagegen sprechen und die Beseitigung gesichert ist. Das Gesetz wird also einen großen Schritt zu einer positiven Lösung des Problems bedeuten, allerdings stehen noch die Ausführungsbestimmungen aus. Schwierigkeiten sieht Schieder auch darin, daß der Bund zur Errichtung von Sondermülldeponien verpflichtet wird, es aber noch keine einzige in Österreich gibt.

Die Müllmengen sind zwischen 1977 und 1982 um 4 bis 5 Prozent jährlich gestiegen. Als Ziel für die nächsten Jahre bezeichnete es Schieder, die Müllmengen vorerst zu stabilisieren und dann zu reduzieren, um etwa 1990 wieder unter 500.000 Tonnen jährlich zu kommen (1982: 615.000 Tonnen).

Von der gesamten Müllmenge landen derzeit etwa 170.000 Tonnen auf Deponien. Über Anregung der Umweltschutzabteilung hat die Firma Rinter auf der Deponie Rautenweg eine Mülluntersuchung durchgeführt (auf die Deponie Rautenweg kommt auch sehr viel Müll Privater, der Industrie und des Bundesheeres). Daraus ergab sich, daß der Müll extrem inhomogen ist. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich auch gewisse Mengen gefährlichen Mülls darin befinden und der lockere Zustand der Deponie zu erhöhten Sickerwassermengen führt. Es wird daher notwendig sein, den Müll zu sortieren und gefährliche Bestandteile sowie wertvolle Rohstoffe herauszunehmen. Um die Anlieferung gefährlicher Stoffe "bei Nacht und Nebel" zu verhindern, wurde ein Zaun um das Gelände errichtet, es wurden Rinnen für das Regenwasser gebaut, und es wird eine Plastikhaut als "Dach" über die Deponie gelegt werden. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum Müllkonzept

=++++

18 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Durch die entsprechenden Vorkehrungsmaßnahmen werde die Sicherheit der Deponie Rautenweg in Zukunft gewährleistet sein, sagte Schieder. Dann könne man die Deponie nach landschaftsgestalterischen Kriterien mit Hügeln bis zu 50 Meter anlegen und später Freizeitmöglichkeiten in diesem Bereich schaffen. Die Kosten für alle Maßnahmen setzte Schieder mit 100 Millionen Schilling an. Man werde auch an Privatdeponien die gleichen Maßstäbe anlegen und strenge Kontrollen durchführen.

Zur Klärschlammdeponie Mannswörth sagte Schieder, daß der Auftrag für den Abtransport des Klärschlammes nach Ungarn bereits vergeben worden sei, das Niedrigwasser der Donau jedoch derzeit den Transport per Schiff unmöglich mache. Nach der Wiederaufnahme der Schifffahrt werde der Schlamm innerhalb von 30 Tagen abtransportiert sein. In Zusammenhang mit Mannswörth sprach sich Schieder für ein gemeinsames Vorgehen der Bundesländer Wien und Niederösterreich auf dem Entsorgungssektor aus.

Im Bereich der EBS kündigte Schieder eine Sanierung in mehreren Schritten an, die in einem Zeitraum von etwa 34 Monaten nach der Auftragserteilung abgeschlossen sein soll. Dabei soll eine Optimierung der Schlammaufbereitung ebenso erreicht werden, wie eine optimale Schadstoffausscheidung bei den Verbrennungsstraßen. Durch eine kontinuierliche Emissionsüberwachung wird die Kontrolle zu jeder Zeit gegeben sein. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum Müllkonzept

=++++

19 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Schieder nannte konkret folgende Schritte für die Umbauarbeiten bei den EBS: Zunächst soll die erste Verbrennungsstraße im Bereich der Sondermüllverbrennung mit den optimalen Möglichkeiten zur Rauchgaswäsche und einer Abscheideanlage ausgestattet werden, was 15 Monate in Anspruch nehmen wird. Nach 22 Monaten soll auch die zweite Verbrennungsstraße diesbezüglich fertiggestellt sein.

Parallel zu diesen Maßnahmen soll die Optimierung der Schlammverbrennung erfolgen. In einem Zeitraum von 22 Monaten soll eine dritte Ofenstraße errichtet werden, im Anschluß daran werden die Umbauten bei den bestehenden Öfen erfolgen. Nach 34 Monaten sollen die gesamten Arbeiten nach diesem Plan, für den derzeit die Studien fertiggestellt werden, beendet sein. Schieder kündigte auch an, daß eine Umstellung der Wiener Kläranlage auf vollbiologischen Betrieb notwendig sein werde, wenn das angekündigte Donaukraftwerk gebaut werde. Diese Maßnahme sei auch im Zusammenhang mit den EBS von Bedeutung. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum Müllkonzept

=++++

21 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Zur Problematik der Rauchgasreinigung bei den Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau erklärte StR. Schieder, Bürgermeister Gratz habe bereits im August erklärt, daß eine Minimierung der Emissionswerte so schnell wie möglich erreicht werden müsse. Die Stadt Wien, betonte Schieder, werde nicht darauf warten, daß neue Grenzwerte in ganz Österreich verbindlich würden, sondern mit gutem Beispiel voran gehen. Er gebe zu, daß die Rauchgasemission am Flötzersteig für die Bevölkerung eine Belästigung sei, doch sei sie nicht außerhalb der gesetzlichen Normen. Daraus folge, daß die Normen geändert werden müssen und die Müllverbrennungsanlagen raschest mit einer ordentlichen Filteranlage auszurüsten seien.

Zur aktuellen "Schornstein-Problematik" bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig sagte Schieder, es sei richtig, daß es Betonabplatzungen über der Plattform gegeben habe. Die Standsicherheit des Schornsteins sei jedoch laut Auskunft der Baudirektion gewährleistet. Zur Sanierung des Schornsteins sagte Schieder, eine Ausbesserung der Betonoberfläche habe bereits stattgefunden. Bei den Schäden habe es sich um fünf Prozent eines 9,60 Meter hohen Schornsteinteiles gehandelt, der über der Plattform liegt. Bei der Sanierung sei die Abtragung dieses Schornsteinteiles und der Einzug eines Stahlrohres geplant. Ein Sanierungskonzept werde bis Mitte Dezember vorliegen. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen könnte auch der Filtereinbau so rasch wie möglich realisiert werden.

Die Müllverbrennungsanlage Spittelau sei, erklärte Schieder, gerade einer Revision unterzogen worden. Mängel seien keine festgestellt worden.

Es sei selbstverständlich, daß auch bei Sanierungsmaßnahmen eine der beiden Anlagen immer in Betrieb sein werde. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum Müllkonzept

=++++

21 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Zur Problematik der Rauchgasreinigung bei den Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau erklärte StR. Schieder, Bürgermeister Gratz habe bereits im August erklärt, daß eine Minimierung der Emissionswerte so schnell wie möglich erreicht werden müsse. Die Stadt Wien, betonte Schieder, werde nicht darauf warten, daß neue Grenzwerte in ganz Österreich verbindlich würden, sondern mit gutem Beispiel voran gehen. Er gebe zu, daß die Rauchgasemission am Flötzersteig für die Bevölkerung eine Belästigung sei, doch sei sie nicht außerhalb der gesetzlichen Normen. Daraus folge, daß die Normen geändert werden müssen und die Müllverbrennungsanlagen raschest mit einer ordentlichen Filteranlage auszurüsten seien.

Zur aktuellen "Schornstein-Problematik" bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig sagte Schieder, es sei richtig, daß es Betonabplatzungen über der Plattform gegeben habe. Die Standsicherheit des Schornsteins sei jedoch laut Auskunft der Baudirektion gewährleistet. Zur Sanierung des Schornsteins sagte Schieder, eine Ausbesserung der Betonoberfläche habe bereits stattgefunden. Bei den Schäden habe es sich um fünf Prozent eines 9,60 Meter hohen Schornsteinteiles gehandelt, der über der Plattform liegt. Bei der Sanierung sei die Abtragung dieses Schornsteinteiles und der Einzug eines Stahlrohres geplant. Ein Sanierungskonzept werde bis Mitte Dezember vorliegen. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen könnte auch der Filtereinbau so rasch wie möglich realisiert werden.

Die Müllverbrennungsanlage Spittelau sei, erklärte Schieder, gerade einer Revision unterzogen worden. Mängel seien keine festgestellt worden.

Es sei selbstverständlich, daß auch bei Sanierungsmaßnahmen eine der beiden Anlagen immer in Betrieb sein werde. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum Müllkonzept

=++++

22 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit dem Bankenkonsortium um die Rinter AG betonte StR. Schieder, daß er sich nicht drängen lassen werde. Vor 14 Tagen habe es so ausgesehen, als ob die Gespräche platzten. Nun geht es darum, daß für die technischen Fragen verbindliche Zusagen abgegeben werden. "Eine große Entscheidung muß entsprechend geprüft werden. Ich werde daher allen drei im Gemeinderat vertretenen Parteien die Unterlagen zur Verfügung stellen, damit auch zu den Details Stellung genommen werden kann."

Ihm gehe es darum, sagte Schieder, daß ein Umbau nicht mehr kosten dürfe, als eine neue Anlage. Und es muß klargestellt werden, daß der Umbau so durchgeführt wird, daß die Anlage die Vorstellungen bezüglich der Müllsortierung vollständig erfüllt. Bei Nichtfunktionieren muß es für die Stadt Wien ein Wandlungsrecht mit einer entsprechenden Bankgarantie geben. "Wenn es nicht funktioniert, muß das Geld binnen drei Tagen bezahlt werden."

Zum Vorwurf der Presse und der Opposition an Bürgermeister Gratz, daß dieser seinerzeit das Müllzelt eröffnet habe, betonte Schieder, Bürgermeister Gratz habe diese Eröffnung mit dem Wunsch vorgenommen, daß die Anlage funktioniert. "Man wird doch noch wünschen dürfen, daß eine österreichische Firma Erfolg hat."

Die Debatte über die Mitteilung von StR. Schieder findet vor Schluß der Gemeinderatssitzung statt. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum sauren Regen

=++++

23 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren Mitteilung nahm Stadtrat Schieder zum sauren Regen und zu den geplanten Maßnahmen Stellung. Bei der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas in Kraftwerken, durch die Industrie, durch Kleinverbraucher und durch den Individualverkehr entstehen vor allem Schwefeldioxid und Stickoxide. Bei der Verteilung durch den Wind kommt es zu chemischen Prozessen und zur Entstehung von Schwefelsäure, Salpetersäure, Nitraten und anderen Schadstoffen. Diese werden entweder direkt abgelagert oder in Niederschlägen aufgelöst. Dadurch kommt es zum sogenannten sauren Regen, der einen pH-Wert von weniger als 5,6 hat. Die Bäume werden entweder direkt über die Blätter geschädigt oder durch das aufgenommene Wasser und durch die Bodenveränderungen.

Die letzten Zahlen aus Österreich über diese Schädigungen sind alarmierend, stellte StR. Schieder fest. So sind im gesamten Bundesgebiet 300.000 ha Wald offensichtlich befallen, der Keim zur Schädigung ist vermutlich in weit größeren Waldgebieten bereits vorhanden. Schneeuntersuchungen des Bundes haben ergeben, daß der Großteil dieser Schädigungen "hausgemacht" ist. Die Bundesregierung hat kürzlich ein Zehnpunkteprogramm gegen den sauren Regen vorgestellt. Obwohl der Wienerwald noch nicht stark betroffen ist, wird die Gemeinde Wien bei diesem Programm voll mitmachen. Als Maßnahmen der Gemeinde Wien sind vor allem die Umstellung der Wiener Kraftwerke zu nennen - seit 1980 sinken die SO₂ Emissionen bereits wieder, obwohl die Energieerzeugung gestiegen ist, bis 1992 werden sie auf ein Drittel des Wertes von 1974 reduziert sein. Dazu tragen vor allem der vermehrte Erdgaseinsatz, die Förderung der Fernwärme und die Umrüstung der Müllverbrennungsanlagen bei. Auch gegen die die Kfz-Abgase wird die Stadt Wien alles unternehmen, was auf Landesebene möglich ist, versprach Stadtrat Schieder. (Forts.)
roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Mitteilung von Stadtrat Schieder zum sauren Regen

=++++

24 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Schieder berichtete weiter über das "LUQUIS" (Luftqualitätsinformationssystem), mit dem Abgaswerte erfaßt und nach verschiedenen Gesichtspunkten dargestellt werden können. Daraus lassen sich zu erwartende Auswirkungen aus einem Großemittenden noch vor der Inbetriebnahme neuer Anlagen erkennen. Auch über Konsequenzen der Verkehrsbelastungen informiert das System.

Stadtrat Schieder informierte sodann über zehn laufende und ein in Vorbereitung befindliches Forschungsprogramm, aus denen die Belastung der Umwelt direkt und indirekt abgelesen werden kann. Dies betrifft Baumuntersuchungen ebenso wie Luftbelastungen, Auswirkungen des sauren Regens auf den Waldboden und Schadstoffe, die nach Wien importiert werden. Vor allem bei Nieselregel sinkt der pH-Wert stark ab. Ein Vorschlag, die Schädigung der Vegetation in Wien durch Abgase zu messen, werde von der Umweltschutzabteilung geprüft.

Mehrere Forderungen erhob Schieder auch an den Bund. Dazu gehört, daß in allen Bundesländern die Betriebsanlagenbescheide in Hinblick auf den SO₂-Ausstoß überprüft werden sollen. Die Stickoxid-Emissionen müssen beschränkt werden, die Grenzwerte für Müllverbrennungsanlagen, an denen sich Wien orientiert, sollen für ganz Österreich zum Maßstab werden. Auch bilaterale Gespräche sind über den sauren Regen notwendig, und es ist erforderlich, Maßnahmen gegen die Abgasbelastungen durch den KFZ-Verkehr zu setzen. Zur Unterstützung dazu wird es auch waldbauliche Maßnahmen geben. Die Diskussion über diese Mitteilung erfolgt vor Schluß der Gemeinderatssitzung. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Anträge

=++++

25 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Eine dringliche Anfrage der ÖVP bezüglich sofortiger Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Müllverbrennungsanlagen wird vor Schluß der Sitzung behandelt. Zwei weitere Anträge der Bezirksvorstehung 1 und ein Antrag der Bezirksvorstehung 3 wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Zwtl.: Flächenwidmung Donaubereich

Als ersten Verhandlungspunkt beantragt StR. Ing. HOFMANN (SPö) die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den Donaubereich. Hofmann wies auf die städtebauliche Bedeutung der Neugestaltung in diesem Bereich hin, die mit dem Bau der Ringstraße im 19. Jahrhundert vergleichbar sei. Wien erhalte mit diesem Projekt den totalen Hochwasserschutz, ein riesiges Erholungsgebiet und die Chance, die Stadt an die Donau zu rücken. Durch die Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes werde die positive Entwicklung in diesem Gebiet gesichert.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) wies darauf hin, daß die FPö schon 1969 mit der SPö für dieses gewaltige städtebauliche Projekt gestimmt habe. Heute könne man das geglückte Ergebnis dieser Planungen bereits in weiten Bereichen sehen. Wien habe damit eine Erholungslandschaft im Zentrum der Stadt gewonnen. Als flankierende Maßnahmen schlug Pawkowicz den Ausbau und die Neuschaffung von Parkplätzen im Bereich der Donauinsel, eine städtische Freizeitbuslinie, einen Fährbetrieb über die Donau beim Stadion, die bessere Anknüpfung der S-Bahn und die Verbesserung der Erreichbarkeit für Radfahrer und Fußgänger vor. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Flächenwidmung Donaubereich

=++++

26 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPö) sagte, daß heute auch die ehemaligen Skeptiker vom Wert der Donauinsel überzeugt seien. Durch die Pflanzungen im Inselbereich sei es auch gelungen, den Grundwasserspiegel zu konsolidieren und das biologische Gleichgewicht herzustellen. Zu dem von GR. Dr. Pawkowicz angeführten Forderungen bezüglich der besseren Erreichbarkeit der Insel sagte Freitag, daß sie teilweise bereits erfüllt und teilweise in Planung seien. Durch die Insel, so Freitag abschließend, liege Wien nun im internationalen Grünflächenvergleich an der Spitze und habe Werte erreicht, wie sie andere Städte bis jetzt nur anstreben können.

(Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Flächenwidmung Donaubereich

=++++

31 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Der absolute Hochwasserschutz, sagte GR. Dr. MAYR (ÖVP), rechtfertigt die Kosten von 7 bis 8 Millionen Schilling. Tatsache sei jedoch, daß die technischen Einrichtungen für den Hochwasserschutz noch nicht vorhanden bzw. funktionstüchtig seien. So fehle z. B. das Wehr 2. Da die Fertigstellung der notwendigen Hochwasserschutzanlagen erst 1990 zu erwarten sei, schwebt Wien noch weitere sechs Jahre in Hochwassergefahr.

Zu den Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur auf der Donauinsel erklärte Mayr, es sei notwendig, anstelle von Provisorien echte Nahversorgungseinrichtungen zu installieren. Ungelöste Probleme wie die Nutzung des Getreidespeichers seien noch zu diskutieren.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) hielt in seinem Debattenbeitrag Rückschau auf den langen Planungsprozeß. Es sei nun auch gelungen, die Fragen des Grundbesitzes einer Klärung zuzuführen. Der Argumentation der ÖVP, das Donauinselprojekt sei nicht mehr das von 1969, dem die Zustimmung der ÖVP verweigert wurde, könne er, Svoboda, nicht zustimmen. Die ÖVP versuche im Falle Donauinsel auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Die städtebauliche Chance sei beim Projekt Donauinsel gegen den Willen der ÖVP wahrgenommen worden.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) erklärte in diesem Zusammenhang in einer zweiten Wortmeldung, daß das Projekt wesentlich im Sinne der ÖVP modifiziert worden sei. Die Antwort, warum der absolute Hochwasserschutz erst ab 1990 gegeben sei, bleibe die SPÖ jedoch schuldig.

In seinem Schlußwort sagte StR. HOFMANN, die ÖVP versuche, sich das Image einer Grünpartei zu geben. Die drei wesentlichsten Grünprojekte der letzten Jahrzehnte, nämlich die beiden Gartenausstellungen und die Donauinsel, mußten jedoch ohne Zustimmung der ÖVP realisiert werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Flächenwidmung Neuwaldegg

=++++

32 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) stellte den Antrag auf Umwidmung von Kleingartenflächen im Gebiet zwischen Höhenstraße und Waldrandweg in Neuwaldegg in Wohngebiet der Bauklasse I.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) wies darauf hin, daß die betroffenen Kleingärtner in ihren Stellungnahmen sehr entschieden für eine Beibehaltung der Kleingartenwidmung eingetreten sind, obwohl durch die Umwidmung der Grund eine starke Wertsteigerung erfahren würde. Es bestehe kein Bedürfnis nach einer Bauoase inmitten des Wald- und Wiesengürtels, die Bewohner würden eine Beibehaltung des Grüncharakters vorziehen. Es gebe dort viele ältere und unbemittelte Leute, die kein Interesse an Bauvorhaben hätten. Viele der Kleingärtner gab außerdem an, vom Vereinsvorstand, der die Umwidmung beantragt hat, nicht befragt und nicht einmal informiert worden zu seien.

Es gehe hier immerhin um ein 38 Hektar großes Freizeitgebiet im Wald- und Wiesengürtel, sagte Hirnschall, und anscheinend habe sich niemand ernsthaft mit den umweltpolitischen und soziologischen Argumenten gegen die Umwidmung beschäftigt. Außerdem fehle ihm im Akt eine Stellungnahme der Umweltschutzabteilung. Der Umweltstadtrat hätte in einem solchen Fall sogar ein Vetorecht, sei aber anscheinend wiederum übergangen worden. Aus diesen Gründen könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Flächenwidmung Neuwaldegg

=++++

33 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) erklärte, daß die Frage der Umwidmung in den Kleingartenvereinen ausführlich diskutiert wurde. Die Häuser, um die es geht, stehen seit den Dreißigerjahren, für 50 oder 60 von ihnen bestehen aufrechte Abbruchaufträge, weil sie ohne entsprechende Bewilligung errichtet wurden. In ähnlich gelagerten Fällen soll man künftig eine Bestandsaufnahme durchführen, entscheiden, was zu erhalten und was im Grünland nicht vertretbar ist und dann eine entsprechende Ordnung herstellen. Vehement sei die ÖVP gegen neue Bauten im Grünland.

GR. OBLASSER (SPÖ) sagte in seinem Schlußwort, daß in den Anlagen "Waldandacht" und "Neuwaldegg" Abstimmungen stattgefunden haben, die eine deutliche Mehrheit zugunsten einer Umwidmung in "Wohngebiet" brachten. Auch der Vereinsvorstand habe bestätigt, daß eine rechtliche Sanierung der Bauten notwendig ist. Mit der Umwidmung werde dem demokratischen Rechtsempfinden der Mehrheit der Kleingärtner entsprochen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Zwtl.: Wohnhausanlage am Heidjöchl

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung um 128,5 Millionen Schilling für die Wohnhausanlage am Heidjöchl.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die Erhöhung des ursprünglichen Ansatzes um 25 Prozent und vertrat die Ansicht, daß ums gleiche Geld um 100 Wohnungen mehr gebaut hätten werden können.

In seinem Schlußwort erläuterte GR. HOFSTETTER (SPÖ), daß von der Erhöhung 82,4 Millionen Schilling auf erhöhte Lohn- und Materialkosten entfallen. Die durchschnittlichen Wohnungskosten betragen 726.000 Schilling.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Friedhofstarife

=++++

35 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPö) beantragte eine Tarifänderung für die städtischen Friedhöfe und die Herabsetzung der Einfahrtsgebühren für Schwerstbehinderte in den Wiener Zentralfriedhof auf fünf Schilling.

GR. GLÜCK (öVP) kritisierte die 9,3 bis 12prozentige Erhöhung der Friedhofsgebühren und sagte, diese seien bereits in den letzten Jahren laufend erhöht worden. Während diese Erhöhungen noch gerechtfertigt gewesen seien, diene die jetzige vor allem der Sanierung der städtischen Friedhofsgärtnereien, die im Jahr 1982 einen Abgang in der Höhe von 19 Millionen verzeichnet hätten. In diesem Zusammenhang stellte Glück den ANTRAG, zur Sanierung der städtischen Friedhofsgärtnereien einen Maßnahmenkatalog auszuarbeiten.

GR. PESKA (SPö) sagte, die Erhöhung der Tarife sei sachlich notwendig, da ja die Magistratsabteilung 43 zu kostendeckender Führung verpflichtet sei. Im Vergleich mit anderen Städten seien die Grabgebühren in Wien im Schnitt wesentlich niedriger. Die Herabsetzung der Einfahrtsgebühr für Schwerstbehinderte von 20 auf fünf Schilling sei sozial, die Einhebung dieser kleinen Gebühr sei auch aus Gründen der Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig. Peska wies schließlich noch darauf hin, daß die Gärtnereibetriebe betriebsfremde Lasten tragen und Arbeitsplätze - auch für die Jugend - sichern .

ABSTIMMUNG: Auf Antrag der öVP wurde getrennt abgestimmt. Die Neufestsetzung der Einfahrtsgebühr für Behinderte wurde einstimmig angenommen, der Rest des Antrages mit den Stimmen der SPö. Der Beschlußantrag der öVP wurde dem Ausschuß für Verkehr und Energie zugewiesen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wohnhausanlage Hernalser Zentrum

=++++

36 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte den Antrag, die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage Hernalser Zentrum, erster Bauteil, zu genehmigen.

Dieses Projekt mute an wie ein Treppenwitz der Geschichte, erklärte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Seit rund 20 Jahren bemühe man sich im Ortskern von Hernals ein Bezirkszentrum zu errichten, was jedoch bis jetzt an den komplizierten Besitzverhältnissen an den in Frage kommenden Grundstücken gescheitert sei. Immer noch befinde sich ein in die Planung einbezogenes Grundstück in Privatbesitz.

Grundsätzlich bestünde im Hinblick auf die Errichtung eines Bezirkszentrums ein Konsens, doch hätte er, betonte Petrik, Bedenken gegen das konkrete Projekt. Es stelle sich die Frage nach der Planungsgesinnung, wenn die Bürger weder ein Mitspracherecht noch die Möglichkeit zum Mitgestalten hätten. Der geplante siebengeschossige Bau würde der Schaffung eines schönen Ortskernes, der durch die Revitalisierung des Z-Hauses begonnen wurde, im Wege stehen.

Der Bau stehe nicht in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung nach Erholungs- und Grünflächen. Für Ersatzpflanzungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen werde es wenige bis gar keine Möglichkeiten geben.

Man sei, erklärte Petrik, im Rathaus offensichtlich nicht bereit, mit der Bevölkerung über ein Projekt von rund 300 Millionen Schilling zu diskutieren. (Forts.) lei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Wohnhausanlage Hernalser Zentrum

=++++

37 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) wies darauf hin, daß im Umkreis des Hernalser Zentrums umfangreiche Baumpflanzungen vorgesehen sind. Die Freifläche, um die es jetzt gehe, sei durch Ankäufe durch die Stadt Wien speziell für die Errichtung des Bezirkszentrums entstanden. Zu den Verzögerungen sei es gekommen, weil viele Wohnhausbesitzer ihre Grundstücke nicht zu einem angemessenen Preis verkaufen wollten. Das sei auch bei der Eigentümerin des letzten Grundstückes, das noch fehle, der Fall. Sie sei zu keiner Einigung bereit. Bekanntlich laufe aber bereits ein Enteignungsverfahren, die Planung für das Bezirkszentrum müsse daher wie vorgesehen weitergehen. Unter diesem Aspekt sei auch die Tatsache zu sehen, daß für die vier Bäume auf dem Grundstück bereits ein Antrag auf Fällung eingebracht worden ist.

Abschließend stellte GR. Rosa HEINZ fest, daß die Hernalser Bevölkerung, die zum Teil noch in Substandardwohnungen wohnen muß, an einer raschen Fertigstellung der Wohnhausanlage im Bezirkszentrum ein großes Interesse habe. Angesichts der fast 20.000 Vormerkungen am Wohnungsamt dürfe es beim kommunalen Wohnbau zu keiner Stagnation kommen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö angenommen.
(Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Wasserrohrlegung in der Donaustadt

=++++

39 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria PAUL (SPÖ) beantragte 5,5 Millionen Schilling für den Bau einer Wasserleitung im 22. Bezirk (Bahnhof Weg - Farngasse).

GR. DALLER (ÖVP) kritisierte, daß noch immer große Teile Wiens nicht an die Wasserversorgung und das Kanalnetz angeschlossen sind. Ein Gebiet so groß wie die Josefstadt ist im 22. Bezirk von Bor verseucht. Die Benützung von Hausbrunnen sei gefährlich, weil Verunreinigungen oft erst später bemerkt werden. Es gebe kein Konzept für den Ausbau des Kanalnetzes, und es gebe zuwenig Wasser, um alle Wiener damit zu versorgen. GR. Daller brachte DREI ANTRÄGE ein. Darin verlangt die ÖVP die Erstellung eines detaillierten Ausbau- und Investitionskonzeptes für den Anschluß der Siedlungsgebiete in den Randbezirken an das öffentliche Wasser- und Kanalnetz, vor allem in jenen Bereichen, die durch Grundwasserverunreinigungen bedroht sind. In besonderen Härtefällen, zu denen auch eine Verunreinigung des Grundwassers zählt, soll auf die Einhebung der Anschlußabgabe verzichtet werden. Die Kosten soll die Stadt Wien tragen. Schließlich verlangt die ÖVP eine Sanierung der Deponie Rautenweg nach dem neuesten Stand der Technik, um eine Grundwasserverunreinigung auszuschließen. Auch bei anderen Deponien, vor allem der "Borax-Deponie", sollen Maßnahmen gegen Grundwasserbelastungen getroffen werden.

GR. FREINBERGER (SPÖ) erläuterte, daß nur jene Gebiete noch nicht angeschlossen sind, deren Aufschließung am schwierigsten ist und die höchsten Kosten verursacht. Bei der Unterstützung der Finanzierung von Aufschließungskosten müsse nach sozialen Gesichtspunkten vorgegangen werden, und es müßten jene vordringlich Hilfe finden, die von Grundwasserverunreinigungen betroffen sind. Die SPÖ werden dafür sorgen, daß die Gebiete rasch aufgeschlossen werden und die Bevölkerung die entsprechende Information über Finanzierungsmöglichkeiten erhalte. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Wasserrohrlegung in der Donaustadt

=++++

40 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) warnte vor einer möglichen Grundwasserverseuchung durch die Mülldeponie Rautenweg. Hotter sagte, daß eine Gefährdung für das Grundwasser der Umgebung dadurch bestehe, daß am Rautenweg bedenkenlos Lagerungen durchgeführt würden und keine Abdichtung der Deponie nach unten bestehe. Überdies seien die Ablagerungen zu hoch. Eine Schotterbaggerung, die ebenfalls die erlaubte Tiefe überschreite, stelle eine zusätzliche Gefahr dar. Eine Verschlechterung des Trinkwassergeschmacks sei in den umliegenden Siedlungen bereits festgestellt worden. Mit der derzeitigen Rechtfertigungs- und Ankündigungspolitik der SPÖ könne das Problem der Trinkwasserversorgung im 22. Bezirk nicht gelöst werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die drei Anträge der ÖVP wurden zugewiesen.

(Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

41 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) In seiner Begründung der Debatte über die Mitteilung von StR. Schieder zum Müllkonzept erklärte GR. FREINBERGER (SPÖ), die Debatte sei notwendig, obwohl die Problematik zum Teil auch in der dringlichen Anfrage der ÖVP behandelt werde. Die dringliche Anfrage der ÖVP stütze sich im wesentlichen auf Zeitungsmeldungen und Vermutungen. Den Mitteilungen StR. Schieders lägen dagegen eindringliche und ernste Argumente zugrunde.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

42 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Soweit es die Ausführlichkeit der Mitteilungen StR. Schieders betreffe, pflichte er seinem Vorredner bei, erklärte GR. Hirnschall (FPÖ). Der Neuigkeitswert sei aber leider gering. Die Maßnahmen zur Verminderung des Müllanfalls seien sicherlich richtig. Fraglich sei jedoch, wann sie einsetzen. Er selbst, erklärte Hirnschall, habe vor zwölf Jahren einen Antrag auf Besteuerung von Wegwerfflaschen eingebracht, der jedoch vom zuständigen Ausschuß abgelehnt worden sei. Als weiteres Beispiel führte er das Altpapierproblem an und betonte, daß es keine geordnete Sammelaktion für Papier gebe. In weiten Bereichen Wiens seien die Bürger in diesem Fall auf Eigeninitiative angewiesen.

Als Flucht nach vorne bezeichnete Hirnschall die Mitteilungen Schieders zur Deponie Rautenweg. Er könne sich nicht erklären, wie Autowracks oder Teile von Bühnendekorationen der Bundestheater auf die Deponie gelangen könnten, wenn es eine funktionierende Überwachung gäbe.

Als Neuigkeit habe StR. Schieder mitgeteilt, daß die notwendige Umrüstung der EBS rund 34 Monate ab Auftragserteilung erfordern würde. Offen geblieben sei jedoch die Frage, so Hirnschall, wann ein Auftrag dazu erteilt werde.

In der Problematik der Verhandlungen über die Rinter AG stelle sich, betonte Hirnschall, die Situation folgendermaßen dar:

- Das Rinter "know-how" ist ein "Flop".
- Die maschinelle Anlage hat Schrottwert.
- Eigentümer des Grundes ist die Stadt Wien.
- Das Rinter-Zelt hat nur den Wert, den jemand bereit ist, bei einer Versteigerung zu bezahlen. (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

43 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Das Gedankenmodell Schieders über den Ankauf des Rinter-Zelts sei insofern falsch, als der Wert sehr niedrig angesetzt werden müsse, da die Stadt Wien der einzige Interessent ist.

Es stelle sich die Frage, warum die Stadt Wien sich die Probleme der drei Rinter-Banken aufhalsen solle.

Wenn das Zelt zu brauchen sei, so müsse es, resümierte Hirnschall, zum Versteigerungspreis zu bekommen sein. Ebenso verhalte es sich bei der technischen Anlage. Sei eine Firma im Stande, eine solche "Müllfabrik" zu konstruieren, so müsse sie für das Funktionieren der Anlage auch die Garantie übernehmen, schloß Hirnschall. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

44 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Als Schuldbekennnis bezeichnete GR. ARTHOLD (ÖVP) die Mitteilung Stadtrat Schieders zum Müllkonzept. Seit seinem Amtsantritt habe Schieder keine einzige konkrete Maßnahme gesetzt, sondern nur "Luftblasen" steigen lassen. Die heute vorgeschlagenen Müllverminderungen stellten keine Lösung des Müllproblems dar.

Bei der von Schieder von der Bevölkerung verlangten Vorsortierung des Mülls fehle jegliche Organisation, die eine solche erst ermöglichen würde. So sei seit Jahren nichts für die Papiersammlung in Wien getan worden, in Gemeindebauten sei sie sogar verboten worden, obwohl Papier ein wertvoller Rohstoff ist. Auch bei der Glassammlung sei zuwenig geschehen, sagte Arthold. Wien habe die niedrigste Behälteranzahl pro Kopf in ganz Europa.

Für die Deponierung von Müll gebe es in Wien kaum mehr Platz, stellte Arthold fest. Mit Niederösterreich, das Deponien zur Verfügung stellt, herrsche seitens der Wiener Landesregierung ein schlechtes Verhältnis, das diese Möglichkeit gefährden könnte. Auf dem Gebiet der Müllverbrennung müßte Schieder einen Zeit- und Finanzierungsplan zur Sanierung der baufälligen Anlagen vorlegen. Zu Rinter, die in Zukunft den größten Teil des Wiener Mülls verarbeiten sollte, habe Stadtrat Schieder in seiner Mitteilung keinerlei konkreter Angaben, wie zum Beispiel über die Zusammensetzung des zu verarbeitenden Mülls oder die Verwendung des erzeugten Brennstoffes, gemacht. Statt konkreter Lösungsvorschläge habe Schieder nur die Probleme aufgezählt, die der ÖVP genau bekannt seien, erklärte Arthold abschließend. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

45 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAUPL (SPÖ) erläuterte die Zusammensetzung des Hausmülls: 27,2 Prozent sind Papier und Pappe. Der Anteil des Verpackungsmülls macht ein Drittel des Gewichts und mehr als die Hälfte des Volumens aus. Entscheidend ist daher, eine Müllvermeidungs- und Recyclingstrategie zu entwickeln. Dies sei vor allem bei Plastik von großer Bedeutung. Er begrüße die Einsetzung einer Arbeitsgemeinschaft für diesen Aufgabenbereich, die nicht nur alles Machbare feststellen soll, sondern auch zu klären hat, welche einzelnen Schritte kurzfristig möglich sind. Es müsse ein Innovationsanreiz hinsichtlich Wiederverwertung und Haltbarkeit geschaffen werden, ergänzte Häupl. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

46 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) bezweifelte die Funktionsfähigkeit des vorgelegten Konzeptes für die Rinter AG. Demnach würden von einem Input von 270.000 Tonnen Müll 170.000 Tonnen wieder deponiert werden müssen, also zwei Drittel lediglich für die Deponie aufbereitet werden. Im übrigen kollidiere das Rinter-Konzept, das einen hohen Brennstoffanteil im Müll erfordere, mit dem Bedarf der Wiener Fernheizwerke und mit der Vorsortierung des Mülls im Haushalt, etwa der Aussortierung von Altpapier. Worm kritisierte auch, daß im Entsorgungsbereich ein Kompetenzdschungel herrsche, der eine sinnvolle Zusammenfassung und Zusammenarbeit unmöglich mache. Ursache für die Einbeziehung der Rinter AG in das Müllkonzept seien im übrigen nicht sachliche Überlegungen, sondern Bankgarantien und damit monetäre Überlegungen. Worm bezifferte den Investitionsbedarf der von StR. Schieder vorgelegten Maßnahmen im Entsorgungsbereich mit 800 Millionen Schilling und die jährlichen Betriebskosten und Kapitalzinsen mit insgesamt 223 Millionen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

47 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Es wäre, erklärte GR. FREINBERGER (SPÖ) wünschenswert, daß sich die ÖVP mit den Problemen der Deponie Rautenweg ebenso intensiv auseinandersetze, wie dies StR. SCHIEDER tut.

Tatsache sei, daß die ÖVP die Bevölkerung verängstige und das Ansehen der Stadt schädige. Die Deponie Rautenweg, betonte Freinberger, verschmutze keinesfalls das Grundwasser in Breitenlee. Ebenso wenig sei die Wasserqualität rund um die Deponie schlecht. Das Wasser in den Teichen um die Deponie habe fast Trinkwasserqualität.

Der fertiggeschüttete Teil der Deponie sei in vorschriftsmäßiger Weise abgedichtet. Es stimme nicht, daß Giftfässer auf der Deponie Rautenweg gelagert werden.

Zu den Anrainerbeschwerden sagte Freinberger, daß die Deponie wesentlich weniger problematisch sei, als eine neben der Siedlung liegende Schweinemastanstalt.

GR. JEDLETZBERGER (ÖVP) erinnerte an die Problematik der Gewinnung von Müllkompost. Aufgrund der schwankenden Qualität gäbe es gerade beim Müllkompost Absatzschwierigkeiten. Bei einer Entscheidung über die vermehrte Herstellung von Müllkompost seien hygienische und agrikulturchemische Überlegungen nach den neuesten Forschungsergebnissen anzustellen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum Müllkonzept

=++++

48 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Schieder forderte GR. Worm auf, sich die Beamten und die Arbeit der Magistratsabteilung 48, die er abqualifiziert habe, genauer anzuschauen. Man könne stolz sein auf die Einsatzbereitschaft und das Fachwissen dieser Bediensteten, die an einer Lösung für das Rinter-Problem arbeiten.

In Bezug auf diese Lösung stellte Schieder fest, daß derzeit die Angebote des Bankenkonsortiums und der Firma Andritz noch einer genauen Prüfung unterzogen werden, bei der er nicht unter Zeitdruck stehe und deren Ergebnis noch nicht feststehe. Bei den Analysen von GR. Worm seien einige der vorgebrachten Argumente sicherlich falsch, so zum Beispiel der Bericht über die Machtkämpfe innerhalb des Magistrats, die Worm weit überbewertet dargestellt habe. Viele der vorgebrachten Punkte deckten sich jedoch mit seinen eigenen, in die Verhandlungen eingebrachten Forderungen und Ideen, sagte Schieder. Auch mit GR. JEDLETZBERGER stimme er in vielen Ansichten, wie etwa über den notwendigen Schutz des Mutterbodens, überein. (Forts.)

roh/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum sauren Regen

=++++

49 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAUPL (SPÖ) unterstrich in der Begründung für die Debatte über die zweite Mitteilung von StR. Schieder die Bedeutung der Maßnahmen gegen den sauren Regen.

GR. Ing. WORM (ÖVP) wollte im Rahmen der Debatte über diese Mitteilung zum Themenkreis "Rinter" Stellung nehmen, brach seine Ausführungen jedoch ab, nachdem ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht hatte, daß in dieser Debatte nur zum Thema "saurer Regen" referiert werden darf.

GR. Dr. HAUPL (SPÖ) berichtete über Bemühungen zur Schadstoffverringering. So führe zum Beispiel die Reduzierung des Bleis im Benzin zu einem Rückgang der Umweltbelastung. Die Rauchgasreinigung in Müllverbrennungsanlagen bildet zusammen mit den Maßnahmen der Bundesregierung und anderen Maßnahmen der Stadt Wien ein Umweltpaket, mit dem es möglich ist, die Umweltbelastungen in den Griff zu bekommen.

Häupl brachte einen ANTRAG ein, wonach der Wiener Landeshauptmann ersucht wird, unverzüglich mit dem niederösterreichischen Landeshauptmann über Maßnahmen zur Sicherung des Wienerwaldes über die Stadtgrenzen hinaus zu verhandeln.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum sauren Regen

=++++

50 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) StR. FÜRST (ÖVP) sagte, StR. Schieder habe in seinem heutigen Bericht zur Entsorgung und zum sauren Regen nichts Neues gebracht. Das alles sei schon am 3. August in der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu lesen gewesen. In den 17 Wochen seither sei anscheinend nichts passiert. Schieder sei daher seiner Verantwortung gegenüber der Landesregierung und dem Stadtsenat, einen Zeit- und Kostenplan zu erstellen, nicht nachgekommen. Im Übrigen sei für die Entschwefelung der Kraftwerke in den nächsten Jahren kein Geld vorgesehen, und daher werde es auch nichts nützen, wenn man 1985 zum "Jahr des Waldes" ernenne. Es sei dringend an der Zeit, etwas zu tun, schloß Fürst, anstatt lediglich Ankündigungen zu machen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum sauren Regen

=++++

52 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) betonte, daß die Behauptungen seines Vorredners in Bezug auf die Vorlegung der Mitteilung zum sauren Regen nicht den Tatsachen entsprächen. Schieder wies in diesem Zusammenhang auf die Länderkonferenz am 15. November hin.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte, daß trotz vieler Diskussionen kein Maßnahmenkatalog erstellt wurde, über die Kostenfrage keine Klarheit herrsche und Abhilfe nicht geschaffen wurde. Stadtrat Schieder habe zugesichert, die Emissionswerte für Wien zu senken, jedoch sei nichts geschehen. Die Bevölkerung erwarte, daß das, was Schieder politisch verantworte, auch funktioniere.

Hawlik brachte einen Antrag betreffend wirksame Maßnahmen Wiens gegen den sauren Regen im eigenen Bereich ein. Darin werden unter anderem Filteranlagen für die Wiener kalorischen Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen sowie eine Sanierung und Auflösung der Deponie Mannswörth gefordert. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte über Mitteilung zum sauren Regen

=++++

53 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Wortmeldung wies StR. HATZL (SPÖ) auf den Beitrag der Wiener E-Wirtschaft zum Umweltschutz hin: Kraft-Wärme-Kupplung, Erhöhung des Erdgasanteiles für Raumwärme, verstärkter Einsatz von Erdgas in den Kraftwerken. Der künftige Block III in der Donaustadt wird mit der bestmöglichen Rauchgasentschwefelungsanlage ausgestattet. "Das ist ein echter Beitrag zum Umweltschutz". Der von der ÖVP gestellte Antrag wäre ein Rückschritt, betonte Hatzl, weil heute bereits bessere Werte erzielt werden, als der ÖVP-Antrag erreichen könnte.

ABSTIMMUNG: Der von GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) eingebrachte Antrag wurde einstimmig angenommen. Der von GR. Dr. HAWLIK (SPÖ) eingebrachte Antrag wurde abgelehnt. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Dringliche Anfrage Müllverbrennungsanlage Flötzersteig

=++++

54 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Die öVP-Gemeinderäte Ing. WORM und Dr. HAWLIK richteten an den Amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst eine DRINGLICHE ANFRAGE betreffend sofortige Sanierungsmaßnahmen an den Wiener Müllverbrennungsanlagen, die Lösung des Wiener Müllproblems und Maßnahmen gegen den sauren Regen.

Im Detail richtete die öVP die Anfragen an Stadtrat Schieder, welche Garantien er abgeben könne, daß der Schornstein der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig nicht vom Einsturz bedroht sei; ob er ähnliche Gefährdungen für die Anlage Spittelau ausschließen könne und entsprechende Gutachten vorliegen habe; welche Maßnahmen zur Sanierung der beiden Müllverbrennungsanlagen geplant sind und was sie kosten werden; welche Alternativmaßnahmen für den Fall einer notwendigen Abschaltung ins Auge gefaßt seien; und ob er bereit sei, für die beiden Anlagen Filteranlagen nach dem neuesten Stand der Technik vorzusehen, um die Umweltschädigungen vor allem durch Salzsäure hintanzuhalten. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Dringliche Anfrage Müllverbrennungsanlage Flötzersteig

=++++

55 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) In der Begründung dieser dringlichen Anfrage erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP), daß es durch die enorm hohe Ausstoßmenge an Salzsäure zu großflächigen Betonabplatzungen am Schornsteinschaft der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig gekommen sei. Dadurch bestehe die Gefahr, daß es zu einem Einsturz des oberen Teiles des Schlotes oder zu Absplitterungen von Betonteilen kommen könnte. Ebenso sei zu befürchten, daß die zweite Wiener Müllverbrennungsanlage in der Spittelau, die pro Jahr 1.300 Tonnen an Salzsäure ausstößt, ebenfalls bald von ähnlichen Schäden betroffen werden könnte.

Eine sofortige Generalsanierung der beiden Anlagen wäre allerdings mit enormen Schwierigkeiten verbunden, da hierzu eine Abschaltung notwendig wäre. Das würde aber einerseits einen Ausfall der von den beiden Anlagen erzeugten Fernwärme bedeuten, andererseits seien die beiden Müllverbrennungsanlagen derzeit die beiden einzigen Säulen der Wiener Müllentsorgung, nachdem sich die Rinter AG als Fehlschlag erwiesen habe und bei der Mülldeponie Rautenweg eine weitere Aufstockung nicht mehr möglich sei.

In einer Wortmeldung in der Debatte über die dringliche Anfrage sagte GR. Ing. WORM (ÖVP), er habe im Bautenausschuß vom zuständigen Beamten eine ausweichende bzw. unzureichende Antwort über den Zustand des Rauchfanges erhalten. Als Bauingenieur könne er beurteilen, daß am Schornstein der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig schwere, nicht wiedergutzumachende Schäden entstanden seien, die eine akute Gefährdung der Bevölkerung darstellen. Der "Rathauskorrespondenz" warf Worm in diesem Zusammenhang zynische und falsche Berichterstattung vor. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Dringliche Anfrage Müllverbrennungsanlage Flötzersteig

=++++

56 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) wandte sich entschieden gegen den Angriff von GR. Ing. WORM (ÖVP), der von "anfechtbaren Beamten" gesprochen hatte. "Wir müssen uns dagegen verwahren, daß ein Mitglied des Gemeinderates, ohne Tatsachen auf den Tisch zu legen, Beamte desavouiert", sagte Riedler. Zwischen einem Beamten des Bauamtes und Ing. Worm habe es eine Aussprache über den Schornstein der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig gegeben, bei der der Bauingenieur Worm erkennen haben müssen, daß die Aussagen des Beamten als richtig anzusehen sind.

Hinsichtlich der politischen Aspekte der Anfrage bezweifelte Riedler die tatsächliche Dringlichkeit und meinte, der Einsturz des Schornsteins, von dem die ÖVP spreche, entspringe ihrem Wunschdenken. Überdies seien alle Fakten bereits in der Öffentlichkeit bekannt. "Will die ÖVP wieder einmal der Bevölkerung Angst machen", fragte Riedler. Das Müllkonzept, das die ÖVP vorgelegt habe, entspreche dem Inhalt eines Gespräches, das der Profil-Journalist Worm mit StR Schieder geführt habe und das der GR. Worm nun als ÖVP-Konzept darstelle.

Von der SPÖ liegen eindeutige Willenserklärungen vor, was die ÖVP-Anfrage betrifft, was die Entsorgung der Stadt anlangt und ebenso hinsichtlich des sauren Regens. Die Willenserklärungen werden in die Wirklichkeit umgesetzt, schloß Riedler. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Dringliche Anfrage Müllverbrennungsanlage Flötzersteig

=++++

57 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) verwies auf die Dringlichkeit der Entsorgungsproblematik - schließlich seien hier die Lebensgrundlagen der Bevölkerung bedroht. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf den Giftanteil im Hausmüll dessen Schadstoffe bei Verbrennungen freigesetzt werden. Als Sofortmaßnahmen forderte Hawlik den Stopp der Aufnahme von Giftmüll aus dem Ausland, eine Übersicht über den gelagerten Giftmüll, eine "ökologische Buchhaltung" in den Betrieben und nach Möglichkeit die Vermeidung von giftmüllhaltigen Produkten. Es gehe um die Gesundheit, so Hawlik abschließend, daher müsse man endlich handeln. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Dringliche Anfrage Müllverbrennungsanlage Flötzersteig

=++++

58 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) GR. OUTOLNY (SPÖ) erklärte, daß man gerade das, was die Wiener ÖVP der Rathausmehrheit vorwerfe nicht zu tun, in den ÖVP-dominierten Ländern, Städten und Gemeinden erwarten können müßte. Die niederösterreichische ÖVP sei aber zum Beispiel nicht in der Lage, die Situation in der Mitterndorfer Senke in den Griff zu bekommen. Über ein Drittel der österreichischen Gemeinden habe überhaupt keine Abwasserversorgung. Outolny wies darauf hin, daß auch die Wissenschaft derzeit keine Patentlösung für die Probleme der Umweltverschmutzung anbieten könne. Ebenso gebe es keine Vorbilder für eine Müllversorgungsanlage wie Rinter. (Forts.)
jel/ap

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Dringliche Anfrage Müllverbrennungsanlage Flötzersteig

=++++

60 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Der Vorsitzende des Gemeinderates, GR. MAYRHOFER (SPÖ), erteilte GR. Ing. WORM (ÖVP) einen Ordnungsruf für die Verwendung des Ausdruckes "anfechtbare Beamte".

In seinem Schlußwort stellte Umweltstadtrat SCHIEDER (SPÖ) fest, daß im Verlauf der Debatte einige Meßwerte falsch wiedergegeben worden seien. Es könne auch keine Rede davon sein, daß sich der Schornstein der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig in Salzsäure auflöse.

Zur Beantwortung der dringlichen Anfrage betonte StR. Schieder, daß es auch nach 20 Uhr die gleichen Antworten geben werde wie zu Mittag. Eine Garantie, daß der Schornstein vom Flötzersteig nicht einstürze, könne auch kein Sachverständiger abgeben. Eine Revision in der Spittelau haben ergeben, daß keine Gefahr bestehe. Die Kosten für die Sanierung können erst nach einer Untersuchung genannt werden. Beide Müllverbrennungsanlagen werden nicht gleichzeitig abgeschaltet, und es bestehe die Absicht, beide Anlagen mit Rauchgasreinigern zu versehen, auch wenn das Gesetz dies nicht verlangt.

Er, Schieder, stelle fest, daß die ÖVP entmutigt sei. "Sie bejammern den Wald- und Wiesengürtel, wir haben ihn vergrößert, sie beklagen den Naturschutz, wir haben Naturschutzgebiete geschaffen. Sie urgieren die Dezentralisierung, wir haben die Verfassung dahingehend geändert und den Bürgerdienst geschaffen. Wir haben das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand gegeben."

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 21.35 Uhr geschlossen.

(Forts.) fk/ap

Erfolgreiche Lehrpraxentätigkeit

Utl.: Stacher: Lehrpraxis für Turnusanrechnungen

=++++

15 #Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Für die Anrechnung der Lehrpraxis zum Turnus sprach sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag abend bei einem Gespräch mit Wiener Lehrpraxen-Ärzten aus.#

Der Stadtrat befürwortete damit die durch den Nationalrat geplante Änderung des Ärztegesetzes, nach der künftig ein Jahr Lehrpraxis zum Turnus angerechnet werden soll. Laut Stacher würde damit ein wichtiger Schritt nicht nur zur Verbesserung der Ausbildung zum praktischen Arzt, sondern auch zur Verkürzung der Spitalsausbildung erfolgen.

In Wien wurden 1976 vom Gesundheitsamt gemeinsam mit der Ärztekammer für Wien 10 Lehrpraxen eingeführt. Damit besteht für Ärzte, die die Absicht haben, sich als praktischer Arzt niederzulassen, die Möglichkeit, sich ein Monat lang auf diese Tätigkeit vorzubereiten. Die Kosten für diesen "bezahlten Urlaub" trägt die Stadt Wien. Als "Lehrer" fungieren erfahrene praktische Ärzte, wobei ihre Lehrtätigkeit ehrenamtlich ist. Insgesamt konnten bisher in diesen 10 Lehrpraxen 123 junge Ärzte ausgebildet werden. (Schluß) zi/ap

NNNN

Erfreuliches Interesse für Polioimpfung

Utl.: Kommende Woche "Nachzügler-Termine"

=++++

16 #Wien, 25.11. (RK-LOKAL) Ein erfreuliches Interesse und damit eine rege Beteiligung an der diesjährigen Impfkaktion gegen Kinderlähmung melden Wiens Gesundheitsbehörden. Bis einschließlich 23. November beteiligten sich in den Gesundheitsämtern insgesamt 34.487 Personen an dieser Schutzimpfung. Dies bedeutet, verglichen mit dem Vorjahr, eine Frequenzsteigerung um 400 Prozent. #

In Wien ist diese Impfung im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene kostenlos.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER hofft, daß diese erfreuliche Tendenz - es ist die beste Impfbeteiligung seit 1977 - weiterhin anhalten wird, und appelliert an die Wienerinnen und Wiener, die Chance der kostenlosen Impfung zu nutzen. Aus diesem Grund gibt es in der kommenden Woche noch zwei "Nachzügler-Termine", und zwar kommenden Dienstag, den 29. November, und kommenden Freitag, den 2. Dezember, von 9 bis 11 Uhr in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern. (Schluß) zi/ko

NNNN

Tierschutzgesetz - bundeseinheitliche Regelung?

=++++

28 #Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL begrüßte Freitag die Ankündigung von Wissenschaftsminister Heinz FISCHER und Umweltminister Kurt STEYRER, ein bundesweites Tierschutzgesetz zu schaffen. Um eine bundeseinheitliche Regelung des Tierschutzes zu erreichen, ist eine Verfassungsänderung notwendig, da der Tierschutz in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache ist. #

Sollte es zu keiner diesbezüglichen Einigung der Länder kommen, wird Wien, wie schon angekündigt, ein Landesgesetz über den Tierschutz und die Tierhaltung beschließen. Diesbezügliche Vorarbeiten sind bereits seit einiger Zeit im Gang.

Stadtrat Seidl hofft jedoch im Interesse eines wirkungsvoll verbesserten Tierschutzes, daß es zu einer bundeseinheitlichen Lösung kommen werde. (Schluß) lei/ap

NNNN

Glatteis in Wien

Utl.: Salzstreuverbot vorübergehend aufgehoben

-++++

34 Wien, 25.11. (RK-LOKAL) Kurz vor 8 Uhr setzte am Freitag in Wien bei Temperaturen um den Gefrierpunkt leichter Nieselregen ein. Binnen kurzer Zeit war ganz Wien von einer Eisschicht überzogen, dadurch kam es zu großen Verkehrsstörungen. Da aufgrund des Glatteises auch die Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettung stark behindert waren, hat die zuständige Magistratsabteilung 48 im Einvernehmen mit der Umweltschutzabteilung das Salzstreuverbot bis zum Freitag abend vorübergehend aufgehoben.

Zwtl.: Verkehrssituation

Aus Sicherheitsgründen mußten alle städtischen Autobuslinien ab etwa 8.15 Uhr den Betrieb einstellen. Nachdem die Streuung der Hauptverkehrsstraßen durchgeführt war, konnten ab 11 Uhr die Autobusse den Betrieb wieder aufnehmen. Auch im Straßenbahnbetrieb traten Störungen auf, da zahlreiche Straßenbahnen durch Autokarambolagen an der Weiterfahrt behindert waren. So war die Linie "67" am Verteilerkreis Favoriten wegen einer Massenkarambolage im Gleisbereich durch mehr als eine Stunde blockiert. Die Feuerwehr hatte am Vormittag mehr als 50 Einsatzfahrten durchzuführen, von der Rettung wurden bis Mittag mehr als 230 Personen betreut.

Zwtl.: Mangelhafte Gehsteigstreuung

Um die Mittagszeit waren in Wien nur ganz wenige private Gehsteige gestreut. Der Magistrat verweist darauf, daß der anrainende Liegenschaftseigentümer beziehungsweise dessen Vertreter, der Hauswart, zur winterlichen Betreuung der Gehwege und Gehsteige in der Zeit von 6 bis 22 Uhr verpflichtet ist. Es müssen zwei Drittel der Gehsteigbreite, mindestens aber 1,5 Meter betreut werden.
(Schluß) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

61 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Um 21.38 Uhr wurde die Sitzung des Wiener Landtages mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. HAHN (ÖVP), wie hoch der Stand der Wohnbauförderungsrücklage mit 31. Oktober 1983 sei, antwortete StR. HOFMANN (SPÖ), zu diesem Zeitpunkt habe die Wohnbauförderungsrücklage 1,338 Milliarden Schilling betragen. Insgesamt seien bis zum Jahr 1984/85 noch 4,427 Milliarden Schilling an Landesdarlehen zugesichert und noch nicht ausgezahlt. Von diesem Betrag seien für Genossenschaften und Private 1,383 Milliarden Schilling, für die Stadt Wien 0,964 Milliarden Schilling jederzeit abrufbar.

Auf eine ZUSATZFRAGE, ob er die schleppende Abwicklung der Wohnbauförderung - im heurigen Jahr wurden bisher erst 1,7 Milliarden Schilling aus der Wohnbauförderung aufgewendet - als besonderen Impuls für die Bauwirtschaft sehe, antwortete StR. HOFMANN, die von ihm gewünschte Höhe sei tatsächlich nicht erreicht worden. Es wären aber einige Projekte in Prüfung, sodaß er heuer noch auf eine wesentliche Erhöhung der Gesamtsumme hoffe.

Die ZWEITE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Ing. RIEDLER (SPÖ), welche Initiativen das Land Wien setze, damit das Bundesgesetz zur Wohnhaussanierung im Nationalrat beschlossen werde, antwortete Stadtrat HOFMANN, er stünde in ständigem Kontakt mit dem Ministerium, könne aber noch keinen konkreten Termin nennen. Die Ausschubarbeiten seien aber bereits eingeleitet. Er hoffe, erklärte Stadtrat Hofmann, daß nicht der vorbereitete Entwurf zum Tragen komme, sondern daß noch Verbesserungen hinsichtlich der Gleichstellung von Förderungsmaßnahmen zur Sanierung mit denen für Neubauten eingearbeitet werden. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

62 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Die VIERTE, FÜNFTE UND SECHSTE ANFRAGE wurde zurückgezogen. Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. JEDLETZBERGER (ÖVP) nach dem letzten Stand des Ausbaus der B 225 im Bereich der Simmeringer Haide, sagte StR. RAUTNER (SPÖ), daß dieser Straßenzug als kurz- und mittelfristige Maßnahme geplant ist, wobei die Grundfreimachung bereits teilweise abgeschlossen ist und daher ein Baubeginn in Kürze möglich wäre. Er werde aber, so Rautner, über die Frage mit der Simmeringer Bezirksvertretung sprechen, die nun - sehr spät - den Bau dieser Straße ablehne.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nach dem aktuellen Planungsstand für die Verlängerung der A 24 in der Donaustadt, sagte StR. Rautner, daß die ergänzende Kosten-Nutzenrechnung und die Umweltverträglichkeitsuntersuchung, die der Bund 1981 gefordert hatte, nun abgeschlossen sind. Derzeit wird noch eine alternative Planungsvariante über die Ostbahntrasse geprüft. Er hoffe auf jeden Fall auf eine rasche Realisierung der A 24. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

63 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. HUBER (SPö), ob es Initiativen für eine Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich gibt, um der besorgniserregenden Entwicklung von Mülldeponien Herr zu werden, antwortete StR. SCHIEDER (SPö), daß darüber in der Planungsgemeinschaft Ost beraten wurde, aber noch keine konkreten Abmachungen oder Lösungsvorschläge vorliegen. Dieses Thema wird wieder zur Sprache gebracht.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. HAAS (SPö), wann mit der Vorlage eines neuen Naturschutzgesetzes gerechnet werden kann, antwortete StR. SCHIEDER, daß nach der Fertigstellung des Entwurfes nun erst vor kurzem die letzte Stellungnahme eingelangt ist. Alle Meinungsäußerungen werden nun geprüft. Schieder rechnet damit, daß der Entwurf im Februar 1984 dem Landtag vorgelegt werden kann.

Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), wie oft in den letzten fünf Jahren der "Beirat für Fragen des Umweltschutzes im Land Wien" zusammengetreten sei, antwortete StR. SCHIEDER, daß die zum Beirat gehörenden Arbeitsausschüsse mehrmals zusammengetreten sind. Der Beirat wurde gegründet, bevor es in Wien ein Umweltressort gab. Wie die Beiratsmitglieder erklärten, bestehe nach der Einrichtung dieses Ressorts kein Bedarf nach dem Beirat. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

64 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von Labg. Ing. SVOBODA (SPÖ), inwiefern es gewährleistet sei, daß die KFZ-Lenker, die in Wiens Kurzparkzonen Parkscheine entwerten, gegenüber Lenkern, die der Abgabepflicht nicht nachkommen, nicht benachteiligt sind, erklärte Stadtrat MAYR (SPÖ), daß eine ausreichende Überprüfung stattfindet. Auf die ZUSATZFRAGEN, ob die Zahl der überprüfenden Organe angehoben wurde und ob dadurch Veränderungen bei den Einnahmen feststellbar seien, erklärte Stadtrat Mayr, daß zusätzlich 20 Politessen zur Überprüfung der Kurzparkzonen eingesetzt seien. Die Einnahmen aus Organstrafen seien von Mai bis September 1983 zum Vergleichszeitraum des Vorjahres um 68 Prozent gestiegen.

Die 13. ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 14. ANFRAGE von Labg. STRATIL (ÖVP), ob die Umweltverträglichkeitsgutachten betreffend den Ausbau der B 223 bereits fertiggestellt seien, erklärte Stadtrat RAUTNER (SPÖ), daß die Ergebnisse für Februar 1984 zu erwarten seien. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach dem einbezogenen Streckenteil erklärte Rautner, dieser erstrecke sich auf Flötzersteig und Gablenzgasse. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach Maßnahmen zum Ausbau der Flötzersteigstraße stellte Rautner fest, daß die Gutachten abgewartet werden müßten.
(Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Prostitutionsgesetz/Wahl eines Bundesrates

=++++

65 Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Der Antrag der drei im Wiener Landtag vertretenen Parteien betreffend die Regelung der Prostitution in Wien (Wiener Prostitutionsgesetz) wurde von der Präsidentin Erika KRENN dem Ausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz zugewiesen.

Da Bundesrat Dr. Erika DANZINGER (ÖVP) ihr Mandat zurückgelegt hat, wurde Maria RAUCH (ÖVP) einstimmig als Wiener Vertreter in die Länderkammer gewählt.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 22.10, die anschließende nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderates um 22.20 Uhr. (Schluß) fk/ko

NNNN